



Haushalts- und Finanzausschuss

35. Sitzung (öffentlicher Teil)¹

18. Januar 2024

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:03 Uhr bis 10:33 Uhr

Vorsitz: Carolin Kirsch (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 **Zuschuss zum Deutschlandticket für die Landesbeschäftigten – Landesregierung muss jetzt handeln** 7

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4583

– abschließende Beratung und Abstimmung

– Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der SPD-Fraktion ab.

¹ vertraulicher Teil mit TOP 14 siehe vAPr 18/47

- 2 Gefahren für den Rechtsstaat und die innere Sicherheit ernst nehmen – Die Landesregierung muss die Bekämpfung der Organisierten Kriminalität intensivieren.** 10
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/4139
Ausschussprotokoll 18/450 (Anhörung am 12.12.2023)
- abschließende Beratung und Abstimmung (Votum an IA)
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss schließt die Beratung des Antrags ohne Abgabe eines Votums ab.
- 3 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer** 11
- Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/7202
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, eine Anhörung durchführen.
- 4 Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung der Förderung der Gemeinsamen Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen sowie zur Änderung des Landesnaturschutzgesetzes** 12
- Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/7241
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss schließt die Beratung des Antrags ohne Abgabe eines Votums ab.

5 Drittes Gesetz zur Weiterentwicklung des Neuen Kommunalen Finanzmanagements im Land Nordrhein-Westfalen (3. NKF-Weiterentwicklungsgesetz Nordrhein-Westfalen – 3. NKFVG NRW) 13

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 18/7188

– keine Wortbeiträge

Gegen den Vorschlag der Vorsitzenden, das für Ende Januar angekündigte Protokoll abzuwarten und die Beratung auf die nächste Sitzung zu verschieben, erhebt sich kein Widerspruch.

6 Kommunale Investitionen erleichtern, öffentliches Vermögen nachhaltig sichern und aufbauen – „Neues Kommunales Finanzmanagement“ weiterentwickeln 14

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/7189

– keine Wortbeiträge

Gegen den Vorschlag der Vorsitzenden, das für Ende Januar angekündigte Protokoll abzuwarten und die Beratung auf die nächste Sitzung zu verschieben, erhebt sich kein Widerspruch.

7 Auswirkung des Haushaltskompromisses der Ampel-Koalition im Bund (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 1]) 15

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2101

– Wortbeiträge

8 Wachstumschancengesetz – Sachstand (Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 1]) 16

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2125

– Wortbeiträge

9 Grundsteuer – Entscheidung des Finanzgerichts von Rheinland-Pfalz
(Bericht beantragt von der AfD-Fraktion [s. Anlage 1]) **17**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2126

– Wortbeiträge

10 Wie steht die Landesregierung zu einem Tarifvertrag für studentische Beschäftigte? *(Bericht beantragt von der SPD-Fraktion [s. Anlage 2])* **18**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2124

– keine Wortbeiträge

11 Ergebnisse der Steuereinnahmen im Jahr 2023 *(Bericht auf Wunsch der Landesregierung)* **19**

Bericht
der Landesregierung
Vorlage 18/2138

– keine Wortbeiträge

12 Zustimmung des Haushalts- und Finanzausschusses zur Veräußerung von Liegenschaften des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb Nordrhein-Westfalen (BLB NRW) gem. § 15 Abs. 3 Nr. 1 a) 1. Alternative Haushaltsgesetz (HHG) 2024; Unbebautes Grundstück in Lünen, Flur 21, Flurstück 355 (Sedan-Straße) **20**

Vorlage 18/2097

Der Ausschuss stimmt der Veräußerung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD bei Enthaltung der FDP-Fraktion zu.

13	Verschiedenes	21
a)	Beteiligungsbericht des Landes NRW für 2022	21
	Vorlage 18/2092	
b)	Unterrichtung gemäß § 9 Stabilitätsratsgesetz über die Beschlüsse und Beratungsunterlagen zur 28. Sitzung des Stabilitätsrats	21
	Vorlage 18/2100	

* * *

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Festsetzung des Steuersatzes für die Grunderwerbsteuer

Gesetzentwurf
der Fraktion der FDP
Drucksache 18/7202

(Überweisung des Gesetzentwurfs an den Haushalts- und Finanzausschuss – federführend – sowie an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung 1m 13.12.2023)

Nachdem **Ralf Witzel (FDP)** die Durchführung einer Anhörung beantragt hat, plädiert **Jochen Klenner (CDU)** dafür, den Kreis der Anzuhörenden auf ein bis zwei Anzuhörende pro Fraktion zu beschränken.

Der Ausschuss kommt einvernehmlich überein, eine Anhörung durchführen.

